

APCET und die ASEAN-Solidarität

Vom 31. Mai bis 4. Juni 1994 fand in Manila die Asien-Pazifik-Konferenz zu Osttimor (Asia-Pacific Conference on East Timor - APCET) statt, zu der Teilnehmer aus 15 Ländern gekommen waren. Es war die erste von Menschenrechtsorganisationen organisierte internationale Konferenz zu Osttimor in einem ASEAN-Land. Im folgenden berichtet einer der philippinischen Hauptorganisatoren, Renato Constantino jr., über die politischen Implikationen dieser Veranstaltung (vgl. auch SOAI 2/94, S. 49-51, 53). Über die Reaktionen in den anderen ASEAN-Ländern siehe S. 4.

Die Asien-Pazifik-Konferenz zu Osttimor ist zu Ende gegangen. Für viele von uns, die zu ihrer Überzeugung standen, waren es unserem Gefühl nach die längsten vier Tage, die wir erlebt haben, denn die Konferenz begann eigentlich schon zweieinhalb Wochen früher. Wir setzten uns ein und kämpften, damit die Konferenz stattfinden konnte, und wir haben gewonnen.

Wochenlang stellten wir sowohl die indonesische Annexion Osttimors als auch Suhartos Invasion in die philippinische Außenpolitik in Frage. Indem wir die Menschenrechtsverletzungen gegenüber dem Maubere-Volk untersuchten, prüften wir nicht nur die in der Verfassung jedem Filipino verbrieften Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit, sondern auch unseren Einsatz für den Schutz der Menschenrechte.

Während Indonesien versuchte, die möglichen negativen Auswirkungen auf die indonesisch-philippinischen Beziehungen der Durchführung der APCET anzuhängen, reichten sich die philippinischen und internationalen Teilnehmer in Solidarität die Hände. Es waren die Verbindungen zwischen den Menschen der Völker, die schließlich triumphierten. Und dies bekam eine Aufmerksamkeit in den Medien, nicht nur in unserem Land, sondern auch in der Region, im Mittleren Osten, den Vereinigten Staaten, Europa, Mittelamerika, Japan und selbst in Indonesien.

Aber dies sind nicht die einzigen Siege, die wir erringen wollen. Für uns alle ist Osttimor nicht nur ein Thema für eine Kampagne. Osttimor ist eine Realität in einer Welt, in der wir gerne Frieden, Gleichheit und Gerechtigkeit herrschen sehen möchten. Eine Welt, in der das Selbstbestimmungsrecht gilt und Unterdrückung nicht existiert. Viele sitzen in Gefängnissen, weil ihrem Volk dieses Recht verwehrt wird. Unter ihnen Xanana Gusmao und viele andere Osttimoresen.

Der Kampf des Maubere-Volkes und auch anderer Völker des Südens zeigen uns, daß Menschenleben und Menschen-

würde in dem arroganten Spiel von Hegemonie und regionaler Vorherrschaft hohe Einsätze sind.

APCET war eine einmalige Erfahrung von Süd-Süd-Solidarität dieser Art. Obgleich wir zu den Ärmsten in einer Region der ökonomischen Tiger zählen, sind wir Filipinos trotzdem stolz auf unsere demokratischen Traditionen und Verpflichtungen gegenüber den bürgerlichen Rechten und den Menschenrechten.

Die Ereignisse vor der eigentlichen APCET, die in einem gerichtlichem Verbot der Veranstaltung kulminierte, führten schließlich nur dazu, daß endlich der Schleier des Schweigens, der seit fast zwei Jahrzehnten die Osttimor-Frage verdeckt, fortgerissen wurde. Genau das, was Indonesien mit der untätigen Hilfe der philippinischen Regierung nicht wollte, daß es die Welt erfährt, hat nun weltweite Aufmerksamkeit erhalten.

Die Veranstalter von APCET hatten wenig Mittel außer die Entschlossenheit, an unseren Prinzipien und Rechten festzuhalten. APCET zerstörte eine weitere Festung von Lügen, indem es das Selbstbestimmungsrecht des timoresischen Volkes verteidigte. So wie die Lebenden die Augen der Toten schließen, so garantierte APCET, daß die Tausenden getöteten Osttimoresen die Augen der Lebenden öffnen. Die Toten schweigen nicht länger. Ihre Schmerzens- und Angstschreie sind aus den Gräbern wiederauferstanden.

Präsident Ramos' Versuche, die ASEAN-Verschöpfung des Schweigens über Osttimor zu stützen, wurde von den philippinischen Veranstaltern und Gastgebern verhindert. Das Recht eines Volkes auf Selbstbestimmung ist ein grundlegendes Menschenrecht, so haben wir erklärt und auf die Vereinten Nationen verwiesen, die selbst die Anerkennung Osttimors als 27. Provinz Indonesiens verweigern. Darüber hinaus heißt es in Abschnitt 7 des Artikel 2 der philippinischen Verfassung: "Der Staat soll eine unabhängige Außenpolitik verfolgen. In seinen Beziehungen zu anderen Staaten

sollen die nationale Souveränität, die nationalen Interessen und das Recht auf Selbstbestimmung im Vordergrund stehen."

In einer Gratwanderung zwischen der Erkenntnis, daß er nach unserer Verfassung die Konferenz nicht verbieten kann, und der Bereitschaft, Indonesien zu besänftigen, verbot Ramos die Teilnahme von ausländischen Delegierten an der Konferenz unter Berufung auf die Bewahrung des nationalen Interesses. Lächerliche und schamlose Ausweisungsverfügungen wurden gegen die französische Präsidentengattin Danielle Mitterrand, die Friedensnobelpreisträgerin Mairead Maguire und einen portugiesischen Parlamentsabgeordneten erlassen. Selbst der Bischof Finnau aus Tonga, der bereits sechs Monate vorher gestorben war, stand auf der Ausweisungsliste. Bischof Emeritus Aloysius Nobuo Soma aus Japan, ursprünglich auch geächtet, wurde später doch die Teilnahme gestattet, aber nicht dem Bischof Hilton Deakin aus Australien noch dem Bischof Paul Moore aus den Vereinigten Staaten. Der Sinn und Zweck der Liste war nicht ersichtlich.

Die Ramos-Regierung dachte fälschlicherweise, daß durch das Verbot ausländischer Teilnehmer weiteres öffentliches Interesse an der Konferenz schwinden würde. Das war eine grobe Fehleinschätzung. Trotz des Verbotes kamen die ausländischen Teilnehmer ins Land, um ihre Erklärungen abzugeben, im Wissen, daß sie eine Ausweisung riskieren. Trotz der Wachsamkeit der Regierung nahmen 51 Teilnehmer aus 20 Ländern teil.

Verzweifelte Schritte wurden unternommen, die in letzter Minute in dem infamen Verbot der Veranstaltung durch Gerichtsbeschlüsse gipfelten, wozu die APCET-Veranstalter sofort erklärten, daß sie es ignorieren würden. Das Oberste Gericht hob wenige Stunden vor dem geplanten Beginn der Konferenz die Entscheidung auf. Es sei hier erwähnt, daß die Beschwerdeführerin für das Verbot die Philippinisch-Indonesische Freundschaftsgesellschaft war, eine kurz zuvor gebildete Organisation. PHILINDO wurde vertreten durch Jose S. Laurel III, einen älteren Bruder des ehemaligen Vizepräsidenten Salvador Laurel, der bei den letzten Präsidentschaftswahlen verloren hatte und nun für 1995 als Senator in der Partei von Präsident Ramos kandidiert.

In seiner Argumentation gegen APCET konzentrierte sich Ramos auf die wirtschaftlichen Verluste, die eine Verschlechterung der Beziehung der beiden Staaten zueinander zur Folge haben würde. Er hätte seine Hausaufgaben besser vorher gemacht.

Das Handelsvolumen zwischen Indonesien und den Philippinen betrug 1993 insgesamt US\$ 389 Mio. und fiel zu Gunsten von ersterem aus: Aus Indone-

sien wurden Waren im Wert von US\$ 341 Mio. importiert, während die Philippinen lediglich Waren im Wert von US\$ 48 Mio. nach Indonesien exportierten. Nach Angaben des Philippine Board of Investment (Investitionsamt) gab es 1992 keine gemeldeten indonesischen Investitionen. 1993 wurden dürftige 557.000 Pesos (US\$ 22.900) investiert. In diesem Jahr haben laut Nachrichtenmeldungen die indonesischen Investitionen noch nicht einmal die 800.000-Pesos-Marke (US\$ 32.900) erreicht.

Zu den angekündigten indonesischen Investitionen und Projekten in Höhe von 700 Mio. US\$, die laut Ramos die AP-CET gefährden würde, hatte der politische Kommentator, Amando Doronila, in der Tageszeitung *Philippine Daily Inquirer* vom 5.6. 94 geschrieben: "Die Wahrheit ist, daß diese Zahlen noch keine Realität sind. Sie stellen ein Potential dar - eine Torte im Himmel oder ein Vogel im Busch." Selbst die 200.000 möglichen Arbeitsplätze, die Ramos nennt, werden bezweifelt. Wie wurde diese Kosten-Nutzen-Berechnung aufgestellt, fragte ein Zeitungsleser: "Lauten nicht die Schätzungen 200.000 für die toten Osttimoresen seit der Übernahme ihres Landes durch Indonesien 1975? Könnten wir erfahren, welche Regierungsbehörde diese Kosten-Nutzen-Analyse erstellt hat?"

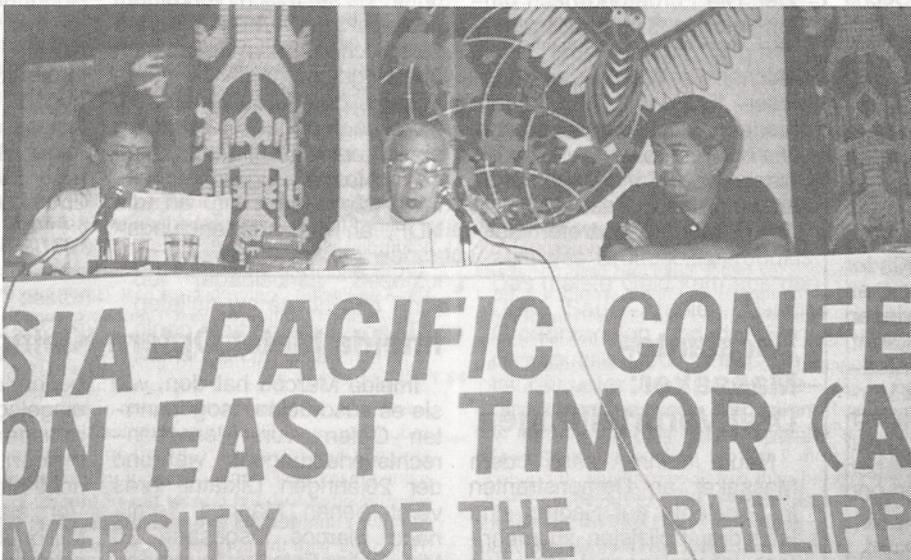
Daß AP-CET erfolgreich abgehalten wurde und seine Ziele weit über unsere Erwartungen hinaus erreicht hat, beweist nur, daß keine Regierung ein Volk entmachten kann, das entschlossen ist, selbst die Macht zu ergreifen.

Ferner macht es deutlich, daß man die Frage der Menschenrechte niemals allein in den Händen einer Regierung belassen kann. Das heißt nicht, daß wir gegen die lobenswerten Anstrengungen der ASEAN sind, die Region vor neuen Versuchen der Rekolonialisierung des Südens durch den Norden in neuen Formen der Vorherrschaft zu schützen. Aber Massenvernichtung eines Volkes und Folter sind falsch, wo immer und wann immer sie stattfinden. So wie die Philippinen Indonesien in seinem Befreiungskrieg gegen die Holländer unterstützte, so werden wir den Kampf der Osttimoresen für Selbstbestimmung unterstützen.

Im Augenblick bleiben die Philippinen der komische Mann in einer Region autoritärer Staaten. Unvollkommen wie sie

auch sein mag, so steht die philippinische Nation als einziger demokratischer Staat in der ASEAN da. Daraus entstehen Probleme in den Beziehungen mit anderen Mitgliedsstaaten, wie sie nicht deutlicher werden konnte als durch die Forderung von Suharto, AP-CET zu verbieten, und den Schwierigkeiten von Präsident Ramos, ihn zu besänftigen.

Aber unter den Bürgern dieser autoritären Staaten arbeiten Bewegungen für die Erlangung von demokratischen Rechten. Das ist ihre interne Aufgabe. Wenn sie Erfolg haben, werden unsere Beziehungen besser.



von links: Jean Ingllis, Bischof Soma, Renato Constantino Jr. auf der AP-CET-Tagung in Manila

aus: AMPO Vol. 25, No. 2 (1994), S. 51

Aber ob ein Staat demokratisch oder autoritär ist, die ASEAN-Staaten haben legitime Gründe, sich als Nationen des Südens zusammenzuschließen, die mit globaler wirtschaftlicher Intervention durch die Länder des Nordens konfrontiert sind. Wir erkennen an, daß in ASEAN die Zusammenarbeit auf ökonomischer Ebene zur Entwicklung aufeinander abgestimmter Volkswirtschaften notwendig ist, um eine wirtschaftlich stärkere Region zu fördern, die der Übervorteilung durch den Norden etwas entgegensetzen kann. Solch eine regionale Solidarität kann allerdings nicht gestärkt werden, wenn ein Land ein anderes schikanieren will; sie kann auch nicht auf Kosten eines hilflosen Volkes erreicht werden.

Wir aus den ASEAN-Ländern können aus den Erfahrungen mit Osttimor lernen, argwöhnisch gegenüber den Regierungen von Ländern des Nordens wie die Vereinigten Staaten, Australien, Großbritannien und Japan zu sein, die die Prinzipien der Selbstbestimmung und Menschenrechte für die Osttimoresen verlangen, zur gleichen Zeit die Indonesier mit Waffen und Hilfeleistungen zur "Befriedung" Osttimor beliefern und Verträge mit Indonesien zur Ausbeutung der natürlichen Rohstoffe in der anektierten Provinz abschließen.

ASEAN braucht Einheit in der Vielfalt - Einheit die nötig ist, damit die Nationen des Südens sich gegen das Eindringen des Nordens wehren können, denn was gut ist für fortgeschrittene Länder, ist nicht notwendigerweise von Nutzen für Entwicklungsländer.

Ist bei knallharten Wirtschaftsinteressen die Hoffnung zu hoch gesteckt, daß humanitäre Anteilnahme für unsere Mitmenschen irgendwie auch in die Gleichung mitaufgenommen wird?

Nur Menschen, die Solidarität mit den Kämpfen anderer Völker gegen die Unterdrückung durch Regierungen zeigen, können eine öffentliche Diskussion und eine endgültige Lösung des Problems sichern. Die Asien-Pazifik-Konferenz zu Osttimor ist zu Ende. An ihrer Stelle steht nun die Asien-Pazifik-Koalition für Osttimor, um eine Solidarität von Volk zu Volk zu schweißen, trotz der Haltung der ASEAN-Regierungen dazu. Sie mögen ihre Verschwörung des Schweigens mit Indonesien beibehalten, die Völker der Region werden das sicher nicht tun. Die Geschichte selbst ist

sehr lehrreich: je mehr Freiheit das Individuum in irgendeiner Gesellschaft hat, desto besser kann diese Gesellschaft mit den Widersprüchen umgehen, die aus dieser Vielfalt heraus sich ergeben.

Heute sind wir stolz, wenn wir feststellen, wie oft über Osttimor in unseren Medien berichtet wird. Andere Initiativen in der Region haben ebenfalls stattgefunden.

Die Auswirkungen in Indonesien sind immer noch schwach zu bemerken. Die Solidarität unserer indonesischen Brüder und Schwester mit Osttimor lassen keinen Zweifel aufkommen, daß die mutigen Indonesier bald Demokratie in ihr Heimatland bringen werden. Zusammen haben wir in der Tat die Schlachten gewonnen. Es wird Zeit, daß wir den Krieg gewinnen!

Renato Constantino jr.

Der Autor ist Publizist, war Vorsitzender der philippinischen Gastgebergruppe von AP-CET und arbeitet weiterhin in der Asia-Pacific Coalition for East-Timor sowie der Organisation Philippine Solidarity for East-Timor and Indonesia mit. Der Beitrag wurde als Vortrag auf der Tagung "Die Europäische Verantwortung für Osttimor" 1.10.1994 in der Evangelischen Akademie Iserlohn gehalten. Übersetzung aus dem Englischen von P. Franke.